

POLITIK

Experten berieten über Hochwasserschutz

"Deiche allein reichen nicht"

Der Hochwasserschutz an Elbe und Oder steht weiter ganz oben auf der Prioritätenliste der Brandenburger Regierung. An der Schwarzen Elster soll er dort verstärkt werden, wo besonders viele Menschen wohnen, hieß es nach einer Hochwasserschutzkonferenz in Potsdam. Auch über weitere Überflutungsflächen wurde gesprochen.

Mehr als 160 Experten berieten auf der mittlerweile dritten Hochwasserschutz-Konferenz in Potsdam über Konsequenzen aus dem Hochwasser des vergangenen Jahres. Ergebnis: Das Land wird die Anstrengungen weiterhin auf Oder und Elbe konzentrieren. Angesichts der Überflutungen an der Schwarzen Elster sollen dort besonders die Bereiche besser geschützt werden, in denen viele Menschen wohnen.

Umweltministerin Anita Tack (Linke) wertete es als Fortschritt, dass der Bund den Hochwasserschutz mittlerweile als nationale Aufgabe betrachte: "Da hat es einen Paradigmenwechsel gegeben", so die Ministerin.

Weitere Überflutungsflächen in Planung

Ein großes Thema war die Schaffung weiterer Überflutungsflächen. "Deiche allein reichen nicht", sagte der Präsident des Landesamtes für Umwelt, Matthias Freude.

Die Planungen für das Überflutungsgebiet in der Neuzeller Niederung an der Oder bei Eisenhüttenstadt sollen vorangetrieben werden.

Im vierten Quartal dieses Jahres soll mit dem Bau des Elbdeiches in Breese (Prignitz) begonnen werden. An der Oder seien inzwischen 91 Prozent, an der Elbe 71 Prozent der geplanten Arbeiten an den Deichen abgeschlossen, hieß es bei der Konferenz. Insgesamt sollen auch in diesem Jahr etwa 35 Millionen Euro in den Schutz vor Hochwasser investiert werden.

CDU fordert Landesprogramm für Hochwasserschutz

Die CDU forderte ein Landesprogramm Hochwasserschutz für die Zeit bis 2020. Die Regierung müsse sich außerdem stärker um die mittelgroßen Flüsse kümmern.

Das Land Brandenburg hat im vergangenen Herbst als Konsequenz aus der Flut geprüft, ob stillgelegte Braunkohletagebaue bei Hochwasser-Katastrophen als reguläre Flutungsflächen genutzt werden könnten. Dazu ist eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben worden.

44 Millionen Euro Schaden durch Hochwasser

Durch das verheerende Hochwasser im Juni 2013 sind gewaltige Schäden in Privathaushalten und Unternehmen entstanden. Auch an Brandenburg ist die Flut nicht ohne Spuren vorbeigegangen. Allein in der Landwirtschaft rechnete die Landesregierung mit circa 44 Millionen Euro Schaden. Insgesamt wurden 39.230 Hektar Äcker und Wiesen überflutet.

Für Hochwasseropfer wurde extra ein Fluthilfe-Fonds in Höhe von acht Milliarden Euro eingerichtet. Davon sollte Brandenburg rund 1,4 Prozent bekommen. Knapp 40 Prozent der Mittel erhält Sachsen-Anhalt, 20 Prozent gehen nach Bayern.

Stand vom 10.04.2014